

Pressemitteilung

Nürnberg, 27.06.2018

Offener Brief „Christlich-soziale Politik“: Der Protest wächst

Zahl der Unterzeichnenden steigt kontinuierlich – CSU rutscht in Umfrage ab

NÜRNBERG Am 28. Mai 2018 haben Jörg Alt, Burkhard Hose und Beatrice von Weizsäcker [einen Offenen Brief zu den „Kennzeichen christlicher und sozialer Politik“](#) in Nürnberg veröffentlicht. Der Brief, seinerzeit von rund hundert Unterzeichner*innen getragen, richtete sich an die CSU und die bayerischen Wähler*innen. Nun, einen Monat später, ist es Zeit, Bilanz zu ziehen.

Nach einer Forsa-Umfrage vom 25. Juni 2018 geht der Plan der CSU nicht auf, mit ihrer restriktiven Flüchtlingspolitik Wähler zu mobilisieren. Die Partei käme bei einer Landtagswahl nur auf 40 Prozent der Stimmen. In Bayern ist Kanzlerin Angela Merkel inzwischen beliebter als Ministerpräsident Markus Söder. Das zeigt: Widerstand lohnt sich, auch der Offene Brief wirkt. Die laufenden gesellschaftspolitischen Debatten und die kontinuierlich steigende Zahl der Unterzeichnenden belegen allerdings auch die unveränderte Notwendigkeit des Anliegens.

Derzeit liegt die Zahl der Unterstützer*innen auf der offiziellen Unterzeichnerliste bei 171; hinzugekommen sind z.B. der Bezirksjugendring Oberbayern, der Diözesan-Caritasverband München und Freising sowie weitere Ordensgemeinschaften, Verbände und Lehrstuhlinhaber. Darüber hinaus haben mittlerweile 1746 Bürger*innen den Brief online unterschrieben. Viele haben begründet, warum sie unterschrieben haben. Einige Beispiele fügen wir dieser Pressemeldung in der Anlage bei.

Zum bisherigen Verlauf erklären die Initiatoren und die Initiatorin der Aktion

Dr. Jörg Alt (im Foto rechts): „Die CSU beharrt auf der Diskussion von Symptomen wie Grenzsicherung oder ‚Anker-Zentren‘. Dabei gilt es, Lösungen für komplexe Problemursachen zu finden, etwa soziale Ungleichheit, Klimawandel, Wohnungsmangel, die Zukunft der Sozialsysteme, Industrie 4.0, Grundeinkommen usw. Hier muss verantwortliche Politik Themen setzen und Konzepte erarbeiten. Dann können auch Wähler von Populisten zurückgewonnen werden.“



Burkhard Hose: „Seit der Veröffentlichung unseres Briefes habe ich viele Gespräche vor allem mit Hauptamtlichen aus den Kirchen, aber auch mit vielen Freiwilligen in der Arbeit mit Geflüchteten geführt. Der Unmut über die Zunahme an Legitimierung und Legalisierung menschenverachtender Politik wächst spürbar. Gleichzeitig aber auch die Bereitschaft, deutlicher dagegen Stellung zu beziehen. Das macht mir Mut.“

Dr. Beatrice v. Weizsäcker: „Ich bin erschüttert, wie verirrt die Debatte über Flucht, Asyl und Migration inzwischen geworden ist. Dass ein Unwort wie ‚Asyltourismus‘ salonfähig werden konnte, hätte ich mir nicht träumen lassen. Auch nicht, dass rechte Parolen so unverblümt Platz in unserer Demokratie finden konnten. Das zeigt, wie wichtig unser Anliegen war und ist.“